



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Mai 2005

Inhalt:

1. Intranet für Bezirksbeamte
2. Norbert Blüm: Kapitalismuskritik
3. Sitzung der Fachausschüsse Schutz- und Kriminalpolizei in der GdP
4. Dienstunfall-Urteil rechtskräftig
5. Bachelor und Master
6. Zur Erinnerung

1. Intranet für Bezirksbeamte

„Derzeit werden unter Einbindung des Landesbeauftragten für den Datenschutz technische Lösungen erprobt, die eine gesicherte und wirtschaftliche Zugangsmöglichkeit für die Polizei gewährleisten sollen“, teilte **Minister Bruch** auf Anfrage der CDU-Abgeordneten **Marlies Kohnle-Gros** mit. Man halte an der Absicht fest, alle Bezirksbeamten an das Intranet der Polizei anzuschließen.

2. Norbert Blüm: Kapitalismuskritik

Der SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering** hat bei seiner Kapitalismuskritik Unterstützung vom früheren Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** erhalten. Bei den internationalen Konzernen finde Wertschöpfung nur noch mit Blick auf die Börse statt, sagte der CDU-Politiker. Je mehr die Unternehmen entließen, je höher steige der Kurs der Aktien. „Das ist pervers“, sagte Blüm.

Eine derartige Wirtschaftspraxis habe keine Zukunft, da sich die Menschen dies auf Dauer nicht gefallen ließen. **Blüm** sagte soziale Unruhen voraus. Wenn die Globalisierung zu einer Olympiade der Kostensenkung verkomme, „können wir auch die Ausbeutung und die Kinderarbeit wieder einführen“.

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99



3. Sitzung der Fachausschüsse Schutz- und Kriminalpolizei in der GdP

Zu einer gemeinsamen Sitzung der Fachausschüsse Schutz- und Kriminalpolizei hatten die Vorsitzenden **Reiner Hamm** und **Hans-Jürgen Ladinek** in den Wappensaal des Landtages eingeladen. Special-Guest der Veranstaltung war der neue Innen-Staatssekretär **Hendrik Hering**.

Organisationsentwicklung

Zum Thema Organisationsentwicklung hörten die Fachausschussmitglieder in Anwesenheit des Kollegen **Wolfgang Hertinger** aus dem ISM Referate aus der Praxis. **Michael Buchstäber**, Leiter der Einsatz- und Fahndungsgruppe (EFG) in der



PD Neuwied, berichtete über eine auf der Basis einer Dienstvereinbarung agierende Fahndungsgruppe. Zwar müsse das freiwillige Personal letztlich aus dem Fleisch der Dienstgruppen und Kommissariate geschnitten werden, die Akzeptanz der beteiligten Dienststellen sei aber sehr hoch, weil die Gruppe wirksamer Dienstleister für alle sei und bei der Bewältigung des Einsatzgeschehens auch nicht außen vor bleibe.

Je nach personellen Möglichkeiten variere die Stärke zwischen 6 und 10 Leuten und könne anlassbezogen auch weiter hochgefahren werden. Die Kolleginnen und Kollegen der EFG verrichten deutlich mehr als 80 Nachtdienststunden im 10-Wochen-Rhythmus und wirken sich positiv auf die Polizeistärke zu





ungünstigen Zeiten und in prekären Situationen aus. Oftmals erübrigt die Präsenz der EFG die Benachrichtigung des K-Bereitschaftsdienstes. (Nähere Infos bei der GdP-Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen; Outlook: **Becker, Bernd**)

Haus des Jugendrechts

Hans Jürgen Ladinek berichtete über die Planungsfortschritte für das Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen, das ab September für schnelle Jugendsachbearbeitung aus einem Guss sorgen soll. **Reiner Hamm** stellte das Projekt "Gemeinsames Sachgebiet Jugendkriminalität" bei PI und KI Bad Kreuznach vor. **Bernd Becker** hob noch einmal die GdP-Position hervor, wonach es in erster Linie darauf ankomme, in den Kriminalinspektionen ebenfalls Sachbearbeiter (K5 und K3) auf Jugendliche zu spezialisieren, die einen engen Austausch mit den JSB's der PI'en pflegen. Organisatorische Änderungen seien nur dort sinnvoll, wo das Ziel eines Hauses des Jugendrechts verfolgt werde.

Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Ernst Scharbach und **Heinz-Werner Gabler** verdeutlichten die Kritik der GdP zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Spätestens 2006 müsse die jetzige Regelung auf den Prüfstand.

Bekleidung und Bewertung

Über Fragen der Bekleidungswirtschaft und der Bewertung von Sachbearbeitern nach A 12 gab es einen Austausch mit **Staatssekretär Hering**.

EDV-Systeme und zentrale Vorgangsregistratur

Im Mittelpunkt des Vormittages stand ein Vortrag des Kollegen **Ralf Stoll**, Leiter der Projektgruppe POLADIS, über die aktuellen Möglichkeiten von Recherche und Auswertung in den vorhandenen EDV-Systemen.

Das von der GdP geforderte landesweit recherchefähige Geschäftstagebuch macht er von einer Zentralisierung der Serverarchitektur im Land abhängig, die frühestens 2008 zu realisieren sei. Auch sonstige Fortschreibungen seien so besser zu realisieren. Nach einheitlicher Meinung der Teilnehmer sollen sich die derzeit implementierten Anwendungen erst einmal konsolidieren, damit die Kolleginnen und Kollegen im Land bei der Fortentwicklung der EDV Schritt halten können.



Staatssekretär **Hendrik Hering** freute sich, den "geballten Fachverstand der rheinland-pfälzischen GdP" in einem Raum vor sich zu haben und ging auf die vorgetragenen Vorschläge in "gebotener Zurückhaltung" ein. Wie er zusagte, die Vor-



schläge zu prüfen, sagte die GdP zu, eine Dokumentation der Vorschläge schriftlich nachzuliefern.

Ernst Scharbach und **Bernd Becker** zogen ein positives Resümee der Arbeitstaugung. Trotz des dicht gedrängten Programms sei es gelungen, Positionen deutlich zu machen: *"Es ist der große Vorteil der GdP, dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen und eine Front zwischen Schutz- und Kriminalpolizei gar nicht erst entstehen lassen"*.

4. Dienstunfall-Urteil rechtskräftig

In Kurz berichtet April 2005 III hatten wir die Entscheidung der ADD Trier mitgeteilt, dass gegen die Nichtzulassung der Beschwerde Klage eingereicht werden solle. **Helmut Knerr**, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP hatte sich in einem Brief an Minister Bruch gewandt. Auszüge:

„Kollege Hans B. war als Angehöriger der Bereitschaftspolizei bei einem dienstlichen Einsatz für das Polizeipräsidium Trier im März 2001 von einem angetrunkenen Fahrzeugführer angefahren und schwer verletzt worden. Im November 2003 verstarb der 51-jährige Beamte nach langem Wachkoma an den Unfallfolgen. Die Witwe hat gegenüber der Behörde die Anerkennung des Unfalles als qualifizierter Dienstunfall und die Gewährung des erhöhten Unfallruhegehaltes beantragt. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben. Im Rahmen der nachfolgenden Verwaltungsklage hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz mit seinem Urteil vom 21.5.2004 (Az.: 2 A 11761/04.OVG) entschieden, dass dem Anspruch der klagenden Witwe stattzugeben ist. ...

Um so heftiger fiel die Reaktion bei den Polizistinnen und Polizisten landauf und landab aus, als vor wenigen Wochen bekannt wurde, dass die mit dem Verwaltungsverfahren betraute Abteilung Schadenregulierung der ADD Koblenz gegen die vom OVG Rheinland-Pfalz entschiedene Nichtzulassung der Revision Rechtsbeschwerde eingelegt hat.



Sehr geehrter Herr Minister, wir protestieren gegen das Vorgehen der ADD Koblenz und bitten Sie, im Rahmen der Dienstaufsicht dafür Sorge zu tragen, dass das eingeleitete Beschwerdeverfahren gestoppt wird.“

Minister Karl Peter Bruch reagierte unmittelbar: *„in der o.g. Angelegenheit kann ich Ihnen mitteilen, dass die Nichtzulassungsbeschwerde ... zurückgenommen wurde und das Verfahren mit der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz somit seinen Abschluss finden wird.“*

Helmut Knerr: *„Die GdP bedankt sich bei Minister Bruch für die schnelle und positive Entscheidung!“*



5. Bachelor und Master

Die Aus- und Fortbildungslandschaft gerät auch bei der Polizei in Bewegung. Im Zuge der geplanten Umwandlung der Polizeiführungsakademie (PFA) in Münster zu einer Universität werden bereits die KollegInnen des nächsten Studiengangs mit neuen Elementen der Ausbildung konfrontiert werden.

Die GdP hatte im Ministerium nachgefragt, welche Auswirkungen der sog. Bologna-Prozess auf die Fachhochschule haben wird.

Minister Bruch antwortete: *„Die Umwandlung des Studiums ... in einen Bachelorstudiengang ist entsprechend der Bologna-Erklärung innerhalb des vereinbarten Zeitrahmens bis 2010 vorgesehen. Änderungen in der Gliederung der Fachhochschule ergeben sich aus diesem Prozess nicht, zumal sich das Akkreditierungsverfahren auf die einzelnen angebotenen Studiengänge unabhängig von deren Zuordnung zu Fachbereichen bezieht.“*

In der zweiten Jahreshälfte werde eine Ressortbesprechung stattfinden, um das weitere Vorgehen abzustimmen. **GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach** begrüßt die Festlegung von **Minister Bruch**: *„Mir ist wichtig, dass die Einführung des neuen Graduierungssystems nicht zur einer Abwertung des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses der Polizeikommissarsanwärterinnen und -anwärter führt.“*



Die GdP wird den Umgestaltungsprozess mit einer eigenen Arbeitsgruppe begleiten.

6. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?
Auto kaufen?
PSW 06131/96009-23 oder -31

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de